

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Belieferung frei Haus 1.70 Mark. Postgebühren für Monat Juni 2.40 Mark ohne Postumschlaggebühren. Einzelnummer 15 Pfennig. Außerhalb Dresdens 20 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: Die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Wtg., für außerhalb 40 Wtg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wtg., außerhalb 25 Wtg., die 30 mm breite Reklamezeile 200 Wtg., außerhalb 250 Wtg., Citeriengebühren 30 Wtg. Unveränderte Auflagen gegen Vorauszahlung.

Schiffverteilung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Leopold Reichardt in Dresden
Postfach-Ronko 1068 Dresden

Wachdruck nur mit deutlicher Quotenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Sendungen werden nicht aufbewahrt.

Müller-Franken formuliert sein Programm.

Auch Gegensätze in den sachlichen Fragen. Das Preußen-Problem zunächst ausgeschaltet.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Juni. Heute vormittag um 11 Uhr hat im Reichstag eine Besprechung des Abg. Müller-Franken mit den Vertretern der für eine Große Koalition in Betracht kommenden Parteien begonnen. Die Frage der Regierungsveränderung in Preußen wurde völlig ausgeschaltet und nur das Programm von Müller-Franken entwickelt, das er als Reichskanzler vertreten will. Er gab den Vertretern der Parteien einen Überblick über die Wirtschaftspolitik, die die Sozialdemokratie führen will.

Hierbei ergaben sich, wie man hört, bereits gewisse Widerstände von Seiten der bürgerlichen Parteien, über die man jedoch hinwegzukommen hofft. Sodann drehte sich die Besprechung auch um kulturpolitische und sozialpolitische Fragen, neben denen von der Volkspartei auch gewisse Reichswehrfragen aufgeworfen worden sind. In diesen Fragen ist es in der Volkspartei besonders der Abg. Brüninghaus, der sich stark dafür einsetzt, daß die Sozialdemokratie, nachdem sie auf den Staatssekretärsposten beim Reichswehrministerium zwar verzichtet hat, nun nicht etwa auf Umwegen versuche, ihre berückichtigten „Entpolitisierungstendenzen“ bei der Reichswehr durchzudrücken.

Sehr fraglich wird ferner sein, ob für die DVP, die

Wünsche der Sozialdemokraten

annehmbar sind. So die bedingungslose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag; eine Vereinfachung des Arbeitsrechts mit starker Tendenz nach den sozialistischen Prinzipien hin; Zulassenlegung der Angestelltenversicherung, der Invalidenversicherung und der Knappschaftskassen; in der Steuerpolitik eine erhebliche Verschärfung der Vermögenswachststeuer, eine Erhöhung der Grenze des steuerfreien Einkommens und ein Verbot der Vermögensübertragung. Dazu kommen die Schwierigkeiten in der Reichswehrfrage. — An den Verhandlungen waren nicht nur die Fraktionsführer, sondern auch

die Sachreferenten der Fraktionen für Sozialpolitik, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik und andere Fragen beteiligt. Vertreter waren die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Bayerische Volkspartei. Den Fraktionsvertretern wurden die von der Wirtschaftspartei schriftlich überreichten Forderungen vorgelegt. Sie behandeln in der Hauptfache Milderung der Wohnungszwangswirtschaft und Differenzierung

der Arbeitszeitvorschriften zwischen Industrie, Handwerk und Kleinvertrieb.

Was die Preußenfrage angeht, so scheint man einen gewissen Ausweg jetzt in der Richtung zu suchen, daß in Preußen die volksparteiliche Fraktion an die Parteien der Weimarer Koalition herantreten und Verhandlungen mit ihnen über ihre Beteiligung an der Regierung einleiten soll. Die preußische Frage wird also zunächst einmal bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung etwas in den Hintergrund treten.

Daß noch kein allzu großer Anlauf, die Dinge jetzt zu verschieben zu betrachten, vorliegt, ergibt sich heute wieder aus dem Bericht des „Vorwärts“ zur Lage. Er stellt mit Betonung fest, daß die Sozialdemokratie an ihrer Auffassung festhalte, wonach das Reich und die Parteien des Reichstages sich in die inneren Angelegenheiten Preußens nicht einzumischen hätten. Er erklärt dann noch, daß der Genosse Müller die heutige Verhandlung deshalb anberaumt habe, da er den größten Wert darauf lege, die Verhandlungen nicht völlig verpuffen zu lassen und sie trotz der Schwierigkeiten, die aus dem preußischen Problem entstanden sind, weiter zu treiben.

Ob die neue Art der Verhandlungstechnik besonders fruchtbringend ist, scheint fraglich, da offenbar alle Parteien wenig bei der Sache sind, zumal sie nicht wissen, ob die von ihnen gewünschte Regierung überhaupt zustande kommen kann. Auch der sozialdemokratische Antrag zur Abschaffung der Todesstrafe und die wirtschaftlichen Forderungen der S. P. D. sind sehr wenig geeignet, die Resonanz und die Möglichkeit einer Großen Koalition zu fördern.

Braun wartet ab.

Berlin, 16. Juni. In maßgebenden Kreisen der preußischen Regierung weist man darauf hin, daß die Volkspartei keinen Grund zu Zweifeln an der Erklärung des Ministerpräsidenten Braun habe, daß auch für Preußen die Große Koalition als die jetzt gegebene Regierungsform zu betrachten sei. Ueber das sachliche Programm ließ sich eine Einigung leicht herbeiführen, da die Volkspartei ja schon einmal das Regierungsprogramm Brauns mitgegeben habe. — Zunächst muß abgewartet werden, welchen Vorhaben sich die Landtagsfraktion der D. V. wägen wird. Es wird erwartet, daß dann alle Besprechungen zwischen Zentrum und D. V. über kulturelle Fragen stattfinden werden und daß im übrigen die interfraktionellen Besprechungen in den ersten Tagen des Juli beginnen. Der Ausdruck „zu gegebener Zeit“ solle für die Erweiterung der preußischen Regierungsbasis den Frühherbst bedeuten.

Linksregierung und Außenpolitik.

Noch nie hat sich das uns feindlich gesinnte Ausland so sehr für die innerdeutschen Verhältnisse interessiert, noch nie hat es sich so unverhohlen dareingemischt wie jetzt, während der Lage, da in Berlin eine neue, nach links gerichtete Regierung im Entstehen ist. Und seit Jahren jedenfalls hat man es nicht gewagt, an eine kommende Regierung von vornherein so beschämende außenpolitische Zumutungen zu richten wie an diese, die von dem Manne geführt werden soll, dessen Namen für Deutschland unter dem Schmahfrieden von Versailles steht. Es ist nicht immer angenehm, mit seinen Voraussetzungen recht zu behalten. Aber schneller, als wir befürchtet haben, ist das Wirkliche geworden, wovon wir in der Wahlzeit immer wieder gewarnt haben. Die Kabinette in Paris und Warschau als die erbittertesten Gegner des deutschen Wiederaufstieges haben das Wahlergebnis instinktiv als eine Schwächung der außenpolitischen Stellung Deutschlands aufgefacht, und sie bereiten sich, den Wechsel auf neue deutsche Leistungen ohne Gegenwert zu diskontieren, den ihnen das deutsche Volk am 20. Mai ausgestellt hat. Dafür, daß die Masse unserer Wähler nur auf die nächstliegenden Magenfragen bedacht war, als es die Stimmzettel in die Urne warf, mit keinem Gedanken aber auf die große Zukunft der Nation, erhalten wir heute bereits die Quittung.

Vor den Wahlen freilich las man's anders. Da lockten die Strengegesänge aus Paris, und in unserer Linksrepublik galt es als ausgemacht, daß nur eine zuverlässige republikanische Mehrheit im Reichstage ersehen müsse, um all die Widerstände mit einem Schlage hinwegzufegen, die unsere Verhandlungspolitik ins Stocken gebracht und uns um die Früchte von Locarno und Genf betrogen hatten. Waren es doch nur die bösen Deutschnationalen gewesen, die durch ihre Anwesenheit in der Regierung wie eine Bremse gewirkt und durch ihre ewige Kritik am Stresemannkurs den moralischen Kredit der deutschen Außenpolitik verhergt hatten! Nun sind die unbedeutenden Wähler glücklich ausgeschifft. Die erhoffte Wirkung aber ist ausgeblieben. Gewiß, Paris triumphiert. Aber nicht, weil jetzt die Bahn frei ist zur Krönung der Verhandlungspolitik, sondern weil man jetzt erst recht mit Berlin Rache und Maus spielen kann. Kein Wort mehr verlaunt von Entgegenkommen. Im Gegenteil, von rechts bis links, bis in die Reihen der sozialistischen Blätter hinein, belehrt die französische Presse den präsumtiven deutschen Reichskanzler, daß die Firmenänderung nicht genüge, daß er sich vielmehr erst durch Taten ihres Vertrauens würdig erweisen müsse. Sie kennen ihre roten Genossen in Berlin! Sie wissen noch aus der Kriegszeit her, was man ihnen zumuten kann. Darum kann jetzt die Maske fallen und mit gütlicher Offenheit der Preis für das wider Treu und Glauben noch besetzt gehaltene Rheinland genannt werden. Es ist ohne Abstrich derselbe, den ganz Deutschland, einschließlich der Sozialdemokraten, einschließlich des Rheinlandes selbst, abgelehnt hat: zusätzliche deutsche „Sicherungen“ finanzieller und militärisch-politischer Art. Ohne Abstrich, aber mit einer Zugabe. Denn was man bisher nur in Zeitungserörterungen angedeutet hatte, was aber weder Briand noch ein anderer Politiker ernsthaft zu fordern gewagt hatte, wird jetzt in wohlberechneter Spekulation auf eine deutsche Linksregierung zum Kaufpreis für die Rheinlanddrückung zugeschlagen: das Verlangen nach einem feierlichen Ostlocarno, das Polens Westgrenze für ewige Zeiten sichern soll. Für den Abzug der Truppen aus Koblenz und Trier, aus Mainz und Wiesbaden ein paar Jahre früher, als es selbst nach dem Versailler Vertrag sein muß — von Locarno gar nicht zu reden —, den endgültigen Verzicht auf die geraubten urdeutschen Gebiete im Osten von Memel bis Kattowitz. Wenn es schon Wagnis ist, so hat es doch Methobol!

Wir sind ja von Polen schon allerlei gewöhnt an überheblicher Anmaßung. Was sich aber Herr Jalecki dieser Tage in Paris und Brüssel an Frechheit gegenüber Deutschland geleistet hat, muß trotzdem überraschen. Nicht nur, daß er seit drei Jahren schleppenden Handelsvertragsverhand-

Das Eis bei Spitzbergen bricht auf.

Große Gefahr für Nobile.

Oslø, 16. Juni. Wie aus Ringsbø gemeldet wird, bricht das Eis im Nordosten Spitzbergens auf. Nobiles letzter Funkpruch erklärt, daß er und seine Begleiter fürchten müßten, durch das Aufbrechen des Eises vollkommen vom Lande abgeschnitten zu werden. Seine Gruppe werde durch den Sturm immer weiter nach Osten getrieben.

Oslø, 16. Juni. Der Arktis-Forscher Gunnar Nafsen äußerte sich in einem Interview über die gegenwärtige Lage der „Italia“-Mannschaft folgendermaßen: Die Gruppe, die sich unterwegs nach dem Lande befindet, ist in einer besseren Lage, denn die Hilfsexpeditionen können sie erreichen. Die Gruppe Nobile befindet sich auf Packeis, das gerade nach südwestlicher Richtung treibt. Die dritte Gruppe landete wahrscheinlich so weit im Osten, daß sie durch das schwimmende Eis in südlicher Richtung zum offenen Meere getrieben wird. Die Kälte ist augenblicklich nicht störend, denn die Temperatur beträgt nur ein Grad unter Null während der Nacht.

Rom, 16. Juni. Die „Gitta di Milano“ meldet, daß die „Nobile“ und die „Braganza“, die gemeinschaftlich mit Nordostwind, der die Eisblöcke ein wenig auseinander treibt, dahinfahren, sich in der Nähe vom Nordkap befinden. Die norwegischen Flugzeuge versuchten von der Dobbo aus einen Flug, wurden aber durch den dichten Nebel zur Rückkehr gezwungen. In Ringsbø herrscht sehr schönes Wetter. — Das italienische, von Major Madalena geleitete Flugzeug startete um Mitternacht in Vadso zum Fluge nach Spitzbergen, wo es die Suche nach Nobile aufnehmen wird.

Neue Expedition Amundsiens.

Mit einem französischen Flugzeug.
Oslø, 15. Juni. Wie hier bekannt wird, ist das Angebot des französischen Marineministeriums, Noald Amundsen ein großes Flugzeug für die Ostseelektion für Nobile zur Verfügung zu stellen, auf die Bitte einflußreicher Norweger zurückzuführen. Das Flugzeug, das einen Aktionsradius von

4000 bis 5000 Kilometer hat, wird bereits am Sonnabend in Bergen eintreffen und nach Aufnahme von Brennstoff zur Hilfsexpedition starten. Die Leitung der Expedition übernimmt Amundsen persönlich, während die Führung des Flugzeuges in der Hand des französischen Pilotenkapitäns Wilbaud liegen wird. Als zweiter Führer dürfte seiner Kenntnis der Polarverhältnisse halber Leutnant Dietrichsen mitgenommen werden. Amundsen, der bereits alle nötigen Vorbereitungen getroffen hat, begibt sich am Sonnabend nach Bergen, um dort am Bord des Flugzeuges zu gehen.

Amsterdam, 16. Juni. Das zweite italienische Hilfsflugzeug für die „Italia“, ein Dornier-Wal unter Führung des Majors Penjo, ist nach einer Zwischenlandung am Sonnabend 8,15 Uhr zum Weiterflug nach Stockholm gestartet.

Die Junkersmaschinen im Flug nach Kabul

Berlin, 16. Juni. Der deutsche Geschwaderflug nach Afghanistan, der seit längerer Zeit vorbereitet wurde, hat heute in Berlin seinen Anfang genommen. Es handelt sich bekanntlich um die Ueberführung der von der Reichsregierung dem König Aman Allah geschenkte dreimotorige Junkers-Maschine, sowie zwei von dem Afghanan angekaufte einmotorige Junkersverkehrsmaschinen nach Kabul. Alle drei Flugzeuge tragen keine Zulassungsnummer oder sonstige Erkennungszeichen, sondern nur das weiße afghanische Staatswappen auf schwarzem Grunde, das Großflugzeug außerdem noch das weiße Königswappen auf rotem Grunde. Die Maschinen starteten heute früh um 14 Uhr im Flughafen Tempelhofer Feld zum Fluge Moskau — Waku — Tschern — Kabul. Am Bord befinden sich der Leiter der Flugschule Berlin, des Observatoriums Lindenberg Dr. Löwe, und seine Gattin, ferner Graf Schaumburg, sowie drei Monteurs mit ihren Frauen und eine deutsche Journalistin. Außerdem führen die Flugzeuge zahlreiche Erprobter mit sich, damit in Kabul eine regelrechte Basis für Junkers-Maschinen errichtet werden kann. Ob König Aman Allah am Bord der ihm geschenkten dreimotorigen Maschine von Tschern nach Kabul mitfliegen wird, steht noch nicht fest. Auf jeden Fall hatte Aman Allah in der letzten Zeit in Telegrammen dringend um die Entsendung der Expedition gebeten.

An unsere Postbezieher!

Noch heute

bestellen Sie die „Dresdner Nachrichten“ für Monat Juli 1928 bei Ihrem Postamt resp. Briefträger, damit keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung eintritt. Für Bestellungen, die nach dem 25. Juni aufgegeben werden, erhebt die Post eine Sondergebühr

Verlag der „Dresdner Nachrichten“